



Liebe Leserinnen und Leser,

der Bundestag hat mit den Stimmen der Ampel in der letzten Sitzungswoche vor Weihnachten den Nachtragshaushalt für das Jahr 2023 beschlossen. Dieser war nötig geworden, weil die CDU/CSU-Fraktion mit ihrer Klage in Karlsruhe gegen die Buchungstricks der Ampel erfolgreich gewesen ist. Vier Wochen liegt das Verfassungsurteil zurück und erst jetzt, nach quälend langen internen Streitereien, hat die Ampel endlich auch die Umrisse ihres Haushalts für 2024 vorgelegt.

Viel scheint sie aus ihren Fehlern nicht gelernt zu haben. Die Union erkennt schon jetzt, dass die Koalition bereit ist, wieder in die Trickkiste zu greifen und unter fadenscheinigen Vorwänden die Schuldenbremse auszusetzen. Der Haushalt 2024 ist eine Enttäuschung: So will die Bundesregierung die Steuerbegünstigung von Agrardiesel sowie die Befreiung landwirtschaftlicher Fahrzeuge von der Kfz-Steuer streichen. Das ist ein schwerer Schlag gegen unsere Landwirtschaft.

Frohe Weihnachten und alle Gute für das neue Jahr,

Ihre Anja Weisgerber

Dr. Anja Weisgerber MdB



Weltklimakonferenz in Dubai

Klare Signale

für mehr Klimaschutz

> S. 2



Bauern-Bashing der Ampel

Ein Schlag ins Gesicht

für unsere Landwirte

> S. 6



Erfolg für die CSU Unterfranken

Weisgerber in das

CSU-Präsidium gewählt

> S. 9

Treten Sie mit mir in Kontakt:





Weltklimakonferenz in Dubai

Klare Signale für mehr Klimaschutz von allen Staaten der Welt

Nach Ansicht der Schweinfurter CSU-Bundestagsabgeordneten Anja Weisgerber ist der weltweite Klimaschutz bei der internationalen Klimakonferenz in Dubai wieder einen Schritt vorangekommen. „Die Weltklimakonferenzen sind für den Erfolg des Klimaschutzes international von Bedeutung“, so Weisgerber, die selbst als Teil der deutschen Delegation mehrere Tage in Dubai vor Ort war. „Denn



Deutschland allein kann das Klima nicht retten. Wir brauchen alle Staaten der Welt und dazu ist der direkte Austausch unerlässlich“, erklärt die Abgeordnete.

Einen Tag später als geplant, kam es zur Einigung bei zentralen Themen. „Alle Staaten der Welt haben sich auf klare Botschaften verständigt. Erstmals ruft die Weltgemeinschaft bei einer UN-Klimakonferenz zur Abkehr von fossilen Brennstoffen und gleichzeitig zur Beschleunigung der Erneuerbaren Energien, zur Energieeffizienz sowie zur Nutzung der Kernkraft und von Technologien zur Speicherung von Kohlenstoff auf. Das ist ein starkes Signal für einen effektiven internationalen Klimaschutz und ein realistischer Blick auf die Lage“, so die Bundestagsabgeordnete Anja Weisgerber, umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion.

„Es wurde intensiv diskutiert und viel gerungen. Vertreter praktisch aller Staaten der Welt kommen auf diesen Konferenzen zusammen. Man kommt schnell ins Gespräch und stellt fest, dass wir alle dasselbe Ziel haben: Wir alle wollen das Klima schützen und den Klimawandel aufhalten“, berichtet Weisgerber. Dabei werde aber schnell klar, dass in anderen Regionen der Welt die Auffassungen über die richtigen Maßnahmen zum Klimaschutz andere seien als in Deutschland. Viele Staaten setzen auf Kernenergie, die CO₂-frei Energie produziert. Andere nutzen die CCS-Technologie zur Abscheidung und Speicherung von Kohlenstoff zum Beispiel in der Industrie. „Auch in Deutschland müssen wir technologieoffener sein, wenn es um den Klimaschutz geht. So brauchen wir die Nutzung der Technologie zur Speicherung von CO₂ für unvermeidbare Emissionen. Die deutsche Regierung hat den Beschlusstext akzeptiert, obwohl die Rolle der Kernenergie klar benannt wird.

„Es wurde intensiv diskutiert und viel gerungen. Vertreter praktisch aller Staaten der Welt kommen auf diesen Konferenzen zusammen. Man kommt schnell ins Gespräch und stellt fest, dass wir alle dasselbe Ziel haben: Wir alle wollen das Klima schützen und den Klimawandel aufhalten“, berichtet Weisgerber. Dabei werde aber schnell klar, dass in anderen Regionen der Welt die Auffassungen über die richtigen Maßnahmen zum Klimaschutz andere seien als in Deutschland. Viele Staaten setzen auf Kernenergie, die CO₂-frei Energie produziert. Andere nutzen die CCS-Technologie zur Abscheidung und Speicherung von Kohlenstoff zum Beispiel in der Industrie. „Auch in Deutschland müssen wir technologieoffener sein, wenn es um den Klimaschutz geht. So brauchen wir die Nutzung der Technologie zur Speicherung von CO₂ für unvermeidbare Emissionen. Die deutsche Regierung hat den Beschlusstext akzeptiert, obwohl die Rolle der Kernenergie klar benannt wird.



Das heißt, die Ampel-Regierung müsste demzufolge auch in Deutschland die Reaktivierung der bestehenden Kernkraftwerke ernsthaft prüfen. Wenn man es ernst meint mit Klimaschutz, muss man alle Technologie, die zur CO₂-Reduzierung beitragen, nutzen“, so die CSU-Bundestagsabgeordnete.

Ein wichtiger Business Case sei auch die Anwendung von Artikel 6 des Pariser Klimaabkommens. Artikel 6 bietet den Vertragsstaaten die Möglichkeit, bei der Umsetzung ihrer Klimaschutzziele zu-

sammenzuarbeiten und bildet die Basis für marktbasierten Klimaschutz und Kohlenstoffmärkte zwischen Staaten. Bei den Verhandlungen zur Weiterentwicklung und Anwendung des Artikel 6 sei man zu keiner abschließenden Lösung gekommen. Anja Weisgerber sieht hier die Bundesregierung in der Pflicht: „Alleine können wir die Klimaziele nicht erreichen. Alle Staaten müssen mitziehen und manche benötigen dafür unsere Unterstützung. Auch für Entwicklungs- und Schwellenländer ist es wichtig, ihre Wirtschaft von Anfang an umwelt- und klimafreundlich aufzubauen. Für die Industrienationen muss aber auch ein Anreiz gesetzt werden, in den klimafreundlichen Aufbau der Wirtschaft in diesen Staaten zu investieren.

Mit Artikel 6 des Pariser Klimaabkommens ist ein entsprechender Mechanismus bereits vorhanden. Dieser hätte bei der Klimakonferenz in Dubai noch präzisiert werden können. Leider hat die Bundesregierung in den Verhandlungen die Weiterentwicklung von Artikel 6 vernachlässigt. Das ist für mich vollkommen unverständlich, denn die Nutzung dieses Instruments wäre eine Win-win-Situation für Industriestaaten und Entwicklungs- und Schwellenländer“, betont Anja Weisgerber.





„Deutschland steht nur für 1 Prozent der Weltbevölkerung und 2 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen, wir wollen mit unseren Umwelt- und Klimatechnologien aber weltweit 20 Prozent der Lösung sein. Primär müssen die Ziele im eigenen Land erfüllt werden, aber dennoch muss es sich für unser Land und unsere Unternehmen lohnen, in den Klimaschutz in anderen Ländern zu investieren. Es wäre ein enormer Anreiz, wenn die Investition in Klima- und Umweltprojekte in anderen Staaten der Welt auf unser eigenes Klimaziel anrechenbar und der Mechanismus des Artikel 6 noch stärker präzisiert worden wäre. Dafür hätte sich die Bundesregierung stärker einsetzen müssen“, betont Anja Weisgerber. Das Pariser Klimaabkommen sehe strenge Regeln für die Anwendung von Artikel 6 vor, um etwa Doppelanrechnungen auszuschließen. „Daher ist es aus meiner Sicht ein Fehler, dass die Ampel-Regierung in der Klimapolitik nicht über den Tellerrand hinausschaut, die Weiterentwicklung des Instruments nicht forciert hat und es bislang nicht nutzen will. Wir werden dies auch in Zukunft einfordern“, so die CSU-Bundestagsabgeordnete abschließend.



Einen Video-Rückblick auf die Weltklimakonferenz 2023 in Dubai können Sie hier anschauen:

<https://youtu.be/dSBW4IPQJFc?si=lj8fqS9Hpst1Hblb>

Rede im Bundestag

In einer aktuellen Stunde im Bundestag im Nachgang der Weltklimakonferenz forderte die CDU/CSU-Fraktion die Bundesregierung auf, Konsequenzen zu ziehen und für verbindlichen Klimaschutz einzutreten. Anja Weisgerber setzte sich in ihrer Rede für Technologieoffenheit und Innovationen beim Klimaschutz ein: „Der Klimaschutz muss zu einem Geschäftsmodell werden. Nur dann haben wir eine Chance, dass die Länder weltweit mitziehen.“



<https://youtu.be/rTFqwaEtKL0?si=xS7XieYu1iZReUJX>



Mit der Haushaltskrise hat sich die Ampel-Regierung blamiert

Haushaltsplan 2024: Trickserie mit Ansage

Die nach langem Tauziehen erzielte Einigung der Ampel-Koalition auf einen Haushaltsplan für das Jahr 2024 hat Unionsfraktionschef Friedrich Merz als Formelkompromiss bezeichnet. Merz sagte in seiner Antwort auf die Regierungserklärung des Kanzlers voraus, dass die Ampel mit dem Geld nicht auskommen und ihre „finanzpolitische Trickserie“ fortsetzen werde.

Die Regierung hatte sich nach tagelangem Ringen auf einen Finanzrahmen für das nächste Jahr geeinigt. Dabei hatte sie zwar erklärt, die Schuldenbremse des Grundgesetzes endlich wieder ein-



halten zu wollen. Gleichzeitig hatte sie mit Blick auf den Krieg in der Ukraine aber nicht ausgeschlossen, dass sich erneut eine Notsituation ergeben könnte, die die nachträgliche Aussetzung der Schuldenbremse erforderlich machen könnte.

„Diesen Trick lassen wir Ihnen nicht durchgehen“, betonte Merz. Denn das Grundgesetz schreibe vor, dass eine Notlage unvorhergesehen sein müsse. Auf Antrag der Unionsabgeordneten hatte das Bundesverfassungsgericht bereits vor vier Wochen die Ampel der Finanztrickserien über-

führt. Wegen unzulässiger schuldenfinanzierter Sonderhaushalte gerieten der laufende Haushalt und der Haushaltsentwurf für das kommende Jahr in Schieflage. Am Freitag stimmt der Bundestag deshalb über einen Nachtragshaushalt 2023 ab. Um dies zu ermöglichen, muss die Schuldenbremse nachträglich ausgesetzt werden. Der Haushalt 2024 kann nun erst im Januar abgestimmt werden.

Mit der Haushaltskrise habe sich die Ampel-Regierung blamiert, monierte der CSU-Landesgruppenvorsitzende Alexander Dobrindt. Schlimmer noch: Sie habe „die Wächterrolle Deutschlands für die Stabilitätskultur in Europa aufs Spiel gesetzt“ – und das in einer Zeit, in der die EU über die Aufstockung des Mehrjährigen Finanzrahmens und einer Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaketes verhandele. Dobrindt warnte die Regierung davor, erneut ihre Haushaltstrickserien zu verschleiern. Er bekräftigte auch, dass die Union nie die Hand dazu reichen werde, die Schuldenbremse zu schleifen.

Dass die Bundesregierung sich ausgerechnet auf die Ukraine als möglichen Auslöser eines Nachtragshaushalts 2024 bezieht, kritisierte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Merz scharf. Denn die Bundesregierung unterstütze Kiew in seinem Abwehrkampf gegen Russland viel zu zurückhaltend. Sie enthalte dem Land militärisches Gerät vor, das es seit Monaten benötige.

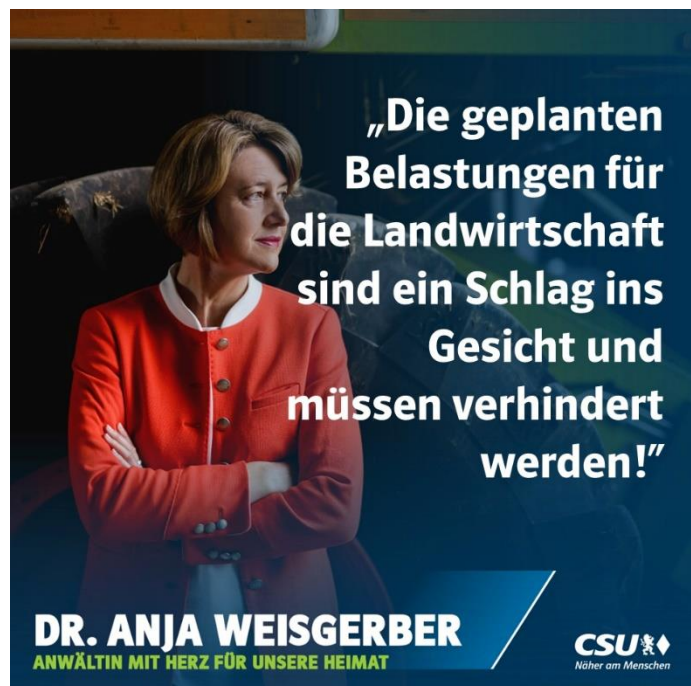


Das Bauern-Bashing der Ampelregierung geht weiter

Ein Schlag ins Gesicht für unsere Landwirte

Anlässlich der Pläne der Ampelregierung, den verkorksten Bundeshaushalt durch drastische, einseitige Einsparungen im landwirtschaftlichen Sektor zu retten, gehen die Landwirte in diesen Tagen zu Recht auf die Straße. Für uns als CSU ist klar: Wir stehen zu unseren bayerischen Bauern. Die Ampelregierung muss diese einseitige Belastung zurücknehmen! Die Agrar-Diesel-Rückvergütung und die Kfz-Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Maschinen müssen bestehen bleiben! Unser Parteivorsitzender und Bayerischer Ministerpräsident Dr. Markus Söder stellt klar: „Ohne die Landwirtschaft geht es nicht. Deswegen haben die Landwirte Bayerns volle Solidarität. Die Bundesregierung muss die einseitigen Belastungen für Bauern zurücknehmen.“

Auch Dr. Anja Weisgerber hat mit Entsetzen von der Entscheidung der Ampel-Koalition erfahren: „Der Beschluss ist ein weiterer schwerer Schlag der Bundesregierung gegen unsere Landwirtschaft. Die Streichung wird zu massiven Einkommensverlusten auf den Höfen bzw. zu deutlich steigenden Lebensmittelpreisen führen. Die Ampelregierung verschlechtert die Wettbewerbsfähigkeit unserer heimischen Landwirtschaft dadurch massiv.“ Für Weisgerber ist klar, dass die Landwirtschaft bei den politischen Spitzen von SPD, Grünen und FDP überhaupt keinen Stellenwert hat: „Der Plan der Ampelregierung ist der größte finanzielle und politische Einschnitt, den die Landwirtschaft je erfahren musste. Dagegen laufen wir als CDU/CSU-Fraktion gemeinsam mit der Landwirtschaft massiv Sturm laufen“



Die Bayerische Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber stellt klar: „Wir müssen diesen Wahnsinn stoppen!“ Es ist schon schlimm genug, dass der Agrarhaushalt des Bundes für das Jahr 2024 um 419,6 Mio. Euro bei der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ (GAK) und bei den Sonderrahmenplänen „Förderung der ländlichen Entwicklung“ und „Ökolandbau und biologische Vielfalt“ gekürzt werden soll. Nun geht das Bauern-Bashing weiter, um die Fehler der Ampelregierung beim Bundeshaushalt 2024 auszugleichen. Ein Bayern ohne Bauern gibt es nicht! Wir wissen, welche Mammutaufgabe unsere Landwirte tagtäglich bewältigen, um regionale Lebensmittel zu erzeugen. Daher betont unser Generalsekretär Martin Huber: „Die Landwirte sind keine Klimasünder, sondern Klimaschützer! Sie bewahren mit ihrer Arbeit die Schöpfung und erhalten unsere einzigartige bayerische Kulturlandschaft. Dafür verdienen sie Wertschätzung und Anerkennung.“



Gastwirte nicht im Regen stehen lassen

Abgesenkte Mehrwertsteuer in der Gastronomie belassen

Mit einer Unterschriftenaktion wehrt sich der DEHOGA-Kreisverband Schweinfurt gegen das Ende der Mehrwertsteuerabsenkung auf Speisen. Ab dem 1. Januar steigt der Mehrwertsteuersatz wieder auf 19 Prozent. Die Kreisvorsitzenden der CSU Schweinfurt-Land und -Stadt, Anja Weisgerber MdB und Bezirkstagspräsident Stefan Funk, sowie Landtagsabgeordnete Martina Gießübel unterstützen die Unterschriftenaktion des DEHOGA-Kreisverbandes Schweinfurt für die Beibehaltung der 7 Prozentregelung.

Der DEHOGA-Kreisvorsitzende Jörg Limberg präsentierte die Unterschriftenlisten im Beisein von Martina Gießübel und dem stellvertretenden Vorsitzenden der CSU-Stadtratsfraktion, Oliver Schulte. „Es geht um die Zukunft der Gastronomie in unserer Heimat. Damit geht es auch um ein Stück



Lebensgefühl und Wirtshauskultur. Wir machen uns dafür stark, die Mehrwertsteuer dauerhaft auf dem abgesenkten Niveau zu belassen, daher unterstützen wir die Aktion der DEHOGHA“, erläuterte Gießübel. Auch in vielen europäischen Nachbarländern gelte ein herabgesenkter Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie.

„Als CDU/CSU haben wir uns in der Corona-Pandemie dafür stark gemacht, den gastronomischen Betrieben durch die Absenkung zu helfen. Diese Reduzierung der Mehrwertsteuer sollte dazu beitragen, die finanzielle Belastung für Gastronomen in dieser schwierigen Zeit zu verringern und den Konsum in der Branche anzukurbeln“, betont Weisgerber.

Im Koalitionsausschuss der CDU/CSU-geführten Bundesregierung 2021 habe man als CSU eine Verlängerung durchsetzen könne, die die Ampel jetzt auslaufen lasse. Einen Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf eine dauerhafte Senkung der Mehrwertsteuer habe die Bundestagsmehrheit jetzt abgelehnt.

„Die Gastwirte dürfen wir nicht im Regen stehen lassen“, ergänzt der Fraktionsvorsitzende der CSU-Stadtratsfraktion Stefan Funk. Deshalb hat die CSU am vergangenen Wochenende an einem Info-stand in der Schweinfurter Innenstadt Unterschriften gesammelt und dabei hohen Zuspruch der Bevölkerung erhalten.



Staatsangehörigkeit: Neubürger müssen Werte teilen

Deutscher Pass nur bei guter Integration

Die deutsche Staatsangehörigkeit ist ein hohes Gut. Sie ist das Wertvollste, das der Staat Menschen geben kann, die in Deutschland leben und dazugehören wollen. Bis Zuwanderer den deutschen Pass bekommen, dauert es in der Regel acht Jahre. Die Ampel-Koalition will diese Frist halbieren: ein völlig falsches Signal, findet die CDU/CSU-Fraktion.

Was bedeutet die deutsche Staatsangehörigkeit?

Die Staatsangehörigkeit verbindet alle Menschen in unserer Gesellschaft. Sie sorgt für ein Gefühl der Zusammengehörigkeit. Mit der deutschen Staatsangehörigkeit sind Rechte verbunden wie das Aufenthaltsrecht, das Wahlrecht und das Recht auf diplomatischen Schutz im Ausland.

Ausländer, die den deutschen Pass beantragen, müssen über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Sie müssen ihren Lebensunterhalt mit Arbeit sichern. Darüber hinaus müssen sie sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen und per Test nachweisen, dass mit unserem Rechtssystem und unseren Lebensverhältnissen vertraut sind. Sie dürfen nicht wegen einer Straftat verurteilt sein.

Was will die Ampel?

Die Ampel will die Einbürgerungsfrist von acht Jahren halbieren. Die Frist ist aber keine bloße Wartezeit, sondern eine Prüfzeit. Die Einbürgerung steht am Ende einer gelungenen Integration. Bei einer Fristverkürzung geht nach Auffassung der Union jedoch der Anreiz verloren, sich zu integrieren. Der deutsche Pass wäre zum Schnäppchenpreis zu haben.

Die Ampel will auch die mehrfache Staatsangehörigkeit zum Regelfall machen. Menschen mit zwei Pässen können aber nicht dem einen Staat die gleiche Loyalität entgegenbringen wie dem anderen. Es könnte sogar sein, dass Autokraten anderer Länder versuchen, über diese Doppelstaatler Einfluss auf Deutschland zu nehmen.

Was fordert die CDU/CSU-Fraktion?

Die CDU/CSU-Fraktion möchte eine echte Integration von Ausländern, die den deutschen Pass erhalten. Das bedeutet, dass Zuwanderer sich in deutsche Lebensverhältnisse einordnen. Dazu gehört, dass sie keinen Judenhasse verbreiten und das Existenzrecht Israels anerkennen.

Außerdem will die Union keine falschen Anreize für eine Migration in unsere Sozialsysteme setzen. Deshalb sollen Ausländer 24 Monate ohne Unterbrechung erwerbstätig gewesen sein, bevor sie eingebürgert werden können. Auch eine angemessene Altersversorgung muss zu erwarten sein.





Großer Erfolg für die CSU in Unterfranken

Weisgerber in das CSU-Präsidium gewählt

Der Parteivorstand wählte bei seiner Sitzung im November die Schweinfurter Bundestagsabgeordnete Anja Weisgerber in das CSU-Präsidium und damit in das höchste Führungsgremium der Partei. Der unterfränkische CSU-Bezirksvorsitzende Steffen Vogel zeigt sich mit dem Votum zufrieden und gratulierte Weisgerber zu ihrer Wahl: „Damit ist Unterfranken mit Dorothee Bär als stellvertretende



Parteivorsitzende und jetzt mit Anja Weisgerber doppelt im höchsten Gremium der Partei vertreten, worauf unser Bezirksverband schon stolz ist.“

Anja Weisgerber, die bereits seit 14 Jahren dem CSU-Parteivorstand angehört, freut sich sehr über den Vertrauensbeweis: „Gerade in diesen Zeiten, in denen Volksparteien wie die CSU eine große Aufgabe in unserer Demokratie haben, ist es mir wichtig, in der CSU-Führungsriege aktiv mitzuarbeiten. Im vergangenen Jahr durfte ich als Co-Vorsitzende der Grundsatzkommission unser neues CSU-Grundsatzprogramm erarbeiten, das wir jetzt mit Leben füllen werden. Dazu werde ich meinen Beitrag leisten.“

Das 19-köpfige CSU-Präsidium ist die engste Führungsriege der CSU und kümmert sich um die laufenden Geschäfte, dringliche Angelegenheiten sowie den engen Austausch mit der Schwesterpartei CDU. Neben dem Parteivorsitzenden, den Stellvertretern und dem Generalsekretär gehören auch die Schriftführer sowie Schatzmeister kraft Amtes dem Gremium an. Sieben weitere Mitglieder werden vom Parteivorstand gewählt. Neben den bisherigen Mitgliedern Ilse Aigner, Joachim Herrmann, Albert Füracker sowie Alexander Dobrindt wurden Klaus Holetschek, Anja Weisgerber sowie Volker Ulrich neu in das Präsidium gewählt.

TWEET DER WOCHE



Anja Weisgerber
@anjaweisgerber



Heute vor 2 Jahren wurde Olaf Scholz als Bundeskanzler vereidigt. Passend dazu, wurde heute [#Krisenmodus](#) zum Wort des Jahres gekürt. Besser ist unser Land nach 2 Jahren Ampel nicht zu beschreiben. Deutschland kann es besser. [@cducsubt](#) [@csu_bt](#)

11:38 vorm. · 8. Dez. 2023 · 513 Mal angezeigt

<https://twitter.com/anjaweisgerber/status/1733073567791612004>



FROHE WEIHNACHTEN

Allen Herausforderungen und Veränderungen der Welt zum Trotz ist Weihnachten jährlich eine Konstante in unserem Leben. Ich wünsche Ihnen ein wunderschönes Weihnachtsfest im Kreise Ihrer Familien, alles Gute und Gottes Segen für das neue Jahr. Lassen Sie es sich gut gehen!

Ihre Anja Weisgerber



Das Weihnachtsvideo von Anja Weisgerber finden Sie hier:
https://youtu.be/M4jLVI_139c?si=nRT0fWbeVdd8o7lp

Haben Sie Fragen oder Anregungen?

Ich freue mich über Ihren Brief, Ihre E-Mail oder Ihren Anruf.

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

D-11011 Berlin

Tel.: 030 227-79344

Fax: 030 227-76343

E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Schweinfurt-Kitzingen

Karl-Götz-Str. 17

D-97424 Schweinfurt

Tel: 09723 934370

Fax: 09723 934385

E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

→ Klicken Sie auf die Symbole, und Sie gelangen zu meinen Profilen in den sozialen Medien.

